

# Erinnerungskultur als verstehender Dialog



© Moritz Leick, Stadt Essen

Muchtar Al Ghusain ist  
Dezernent für Jugend,  
Bildung und Kultur  
der Stadt Essen sowie  
Vorstandsmitglied  
der Kulturpolitischen  
Gesellschaft



Foto: Lutz Edethoff

Dr. Tobias J. Knoblich  
ist Dezernent für Kultur,  
Stadtentwicklung und  
Welterbe der Landes-  
hauptstadt Erfurt sowie  
Präsident der Kultur-  
politischen Gesellschaft

**E**s ist keine ganz neue Erkenntnis, dass unser Land eine Erinnerungskultur braucht, die auch den zahlreichen Narrativen der Zugewanderten Raum gibt. Mit der Formel von Angela Merkel, die die Sicherheit Israels zur deutschen Staatsräson erklärte, wurde jedoch eine klare Hierarchisierung der Erinnerungskulturen in Deutschland vorgenommen. Was bedeutet, dass primär die deutsche Schuld und Verantwortung für den Holocaust einen spezifisch deutschen Schutzauftrag für den Staat Israel begründet. Und das ist durchaus gut nachvollziehbar. Wer das Grauen der Naziherrschaft sich immer wieder schmerzlich vor Augen führt, kann nicht anders, als zeitlebens daran mitzuwirken, dass allein der Gedanke an Exklusion und Diskriminierung von Jüdinnen und Juden nicht aufkommen darf.

## Voraussetzungen des Eintretens gegen Antisemitismus

Nun könnte man das Existenzrecht Israels auch anerkennen und sich gegen Antisemitismus positionieren, ohne dafür auf den Holocaust rekurren zu müssen. Allein das Grundgesetz, die Anerkennung der allgemeinen Menschenrechte, ein individuell humanistisch geprägtes Menschenbild und andere Wertesysteme mehr reichen bereits aus, Jüdinnen und Juden, aber auch Muslim:innen und andere von Ausgrenzung und Diskriminierung bedrohte Menschen vor Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit und anderen Formen der Diskriminierung zu schützen.

Da hier nun aber die spezifisch deutsche Vergangenheit immer gegenwärtig ist, scheint es erfor-

derlich, den Dialog darüber auch mit zugewanderten Menschen zu suchen. Und an diesem Punkt denken wir, dass wir es uns in Deutschland in den letzten Jahren zu leicht gemacht haben. Ist man mit Muslim:innen im Gespräch, die bereits länger eingewandert sind oder auch erst seit kurzem, wird eine Angst erlebbar oder zumindest Scheu, sich zu äußern. Andere nehmen eine Verteidigungsposition ein: »Wir haben keine Juden umgebracht.« »Wir sind nicht dafür verantwortlich, dass die Deutschen damals die Juden verfolgt und ermordet haben.« Kurz, Zugewanderte wollen die besondere Verantwortung Deutschlands für den Staat Israel nicht als ihre anerkennen und sehen sich folglich berechtigt, israelische Politik in einer teils drastischen Weise zu kritisieren, die man als Herkunftsdeutsche:r bzw. als deutsche:r Staatsbürger:in so nicht formulieren kann. An diesem Punkt endet dann oft die Kommunikation. Wir postulieren lediglich eine multiperspektivische Erinnerungskultur und geben uns mit dieser Situation zufrieden. Und doch sollte es möglich sein zu vermitteln, dass jede Migrantin/jeder Migrant ihre/seine spezifische Erinnerungskultur pflegen kann und doch zugleich eine Haltung und eine Verantwortung aus der deutschen Perspektive heraus entwickelt.

## Politisch wach – gesellschaftlich wach

In zahlreichen Moscheegemeinden erlebt man eine unangebrachte Politikferne: »Nur nicht über Politik reden, das soll jede:r mit sich selber ausmachen, wir wollen hier keine kontroversen Diskussionen.« Das scheint insofern kritikwürdig, als es die Möglichkeit lässt, im privaten Raum weiterhin problematische und diskriminierende Positionen zu konservieren und zu pflegen, ohne sich dafür

erklären zu müssen. Es sollte Muslim:innen möglich sein, die Verbrechen der Hamas als solche zu benennen, ohne dabei die Solidarität mit den Palästinenser:innen aufgeben zu müssen.

Diese Sprachlosigkeit, dieses Schweigen müssen wir durchbrechen – wir müssen »miteinander reden, reden.« (Emcke 2023). Wenn wir von einer Zäsur sprechen, dann möchten wir damit ausdrücken, dass wir die jüngsten Entwicklungen seit dem 7. Oktober zum Anlass nehmen sollten, die multiperspektivische Erinnerungskultur, die wir seit Jahren postulieren und im kulturpolitischen Diskurs angeblich pflegen, wirklich in der Breite der Gesellschaft, in ihren unterschiedlichen Strukturen und Milieus, zu verankern.

### **Sprache finden – Ängste überwinden**

Gerade in den letzten Monaten sind viele Muslim:innen und Muslime verunsichert, fühlen sich unter Generalverdacht gestellt und spüren einen allgegenwärtigen Rechtfertigungsdruck. Ein Syrer sagt: »Ich bin aus einem Land geflohen, weil ich dort meine Meinung nicht sagen durfte, und komme jetzt in ein Land, wo ich ebenfalls meine Meinung nicht sagen darf – das soll Demokratie sein?« Eine Muslima, in Deutschland geboren, mit deutscher Staatsangehörigkeit, fragt: »Habe ich noch eine Zukunft in diesem Land? Werde ich jetzt rausgeschmissen, nur wegen meiner Religion? Ich habe nichts zu tun mit der Hamas. Ich habe Angst.« Junge, in Deutschland geborene bzw. aufgewachsene Muslim:innen überlegen, das Land zu verlassen.

Die Angst oder Unsicherheit zu sprechen hat auch damit zu tun, dass die Frage, ab welchem »Grad« der Kritik an der Politik des Staates Israel diese als antisemitisch bezeichnet werden kann, niemand verbindlich zu beantworten vermag. Ist es bereits antisemitisch, wenn die Angriffe der israelischen Armee als unverhältnismäßig und als Kriegsverbrechen bezeichnet werden? Ist es antisemitisch, wenn man unterstützt, dass Palästinenser:innen einen eigenen Staat, eine Hauptstadt Jerusalem für sich reklamieren? Ist es antisemitisch, wenn man staatliche Enteignungen oder Zerstörungen von Häusern und Feldern durch militante Siedler scharf kritisiert? Auch die von der Bundesregierung anerkannte Definition von Antisemitismus der IHRA (International Holocaust Remembrance Alliance) lässt offen, wer entscheidet, was Antisemitismus ist. So bleibt am Ende keine Alternative zum Reden, zum Verhandeln, keine Alternative zu Empathie und Gewaltverzicht. Und Reden ist nur möglich, wenn wir Diskursräume offen halten, einen Dialog nicht unterbinden, sondern fördern – selbst dort, wo unbequeme und vielleicht sogar schwer erträgliche Positionen formuliert werden.

Meron Mendel, der Direktor der Frankfurter Bildungsstätte Anne Frank, sprach im Februar 2024 im Kulturausschuss des Deutschen Bundestags über Antisemitismus im Kulturbetrieb davon, dass

eine aktuelle »Hysterie« marginalisierte (palästinensische, jüdische und PoC-)Stimmen ausgrenze und eine Kultur des Verdachts entstehe. Dem Kulturbetrieb traue er ausreichend starke Selbstregulierungskräfte zu und rät zu Besonnenheit. Die Kunstfreiheit muss ein Wesensmerkmal der Demokratie bleiben, wenn man nicht Gefahr laufen möchte, sie zu verlieren durch einen allmählichen Zersetzungsprozess, dessen Beginn man später nicht mehr so genau bestimmen kann, da die Grundwerte unseres Zusammenlebens schleichend und zunächst scheinbar unbemerkt aufgegeben wurden.

### **Was uns prägt**

Wandel der Erinnerungskultur bedeutet Perspektiven anerkennen und ausloten, sich aufeinander zu bewegen. Dies beschränkt sich nicht auf unser Verhältnis zu den Zugewanderten, sondern betrifft auch den Blick auf den Osten Deutschlands. Per Leo hat das für die Geschichte nach 1945 sehr gut auf den Punkt gebracht: »Die Dämonisierung der Nazis fand ihren Gegenpol in der Identifikation mit den jüdischen Opfern, und die panische Angst vor der Sowjetunion hatte ihre Rückseite im Vergessen der ›kommunistischen‹ Opfer. Dämonisierung der Täter, Identifikation mit der Unschuld, Angst vor Rache, Verdrängung der Ambivalenz: Jede einzelne dieser seelischen Regungen lässt sich aus den Umständen ihrer Entstehung erklären. Aber als Syndrom gehört dieses Quartett der emotionalen Entlastung zu den hässlichen Zügen unseres Landes. Es ist ein doppeltes Erbe der alten Bundesrepublik, das uns Westdeutschen den Zugang zum östlichen Landesteil vernagelt hat.« (Leo 2021: 152) Angela Merkel hatte ihren »langen Weg nach Westen« durchschritten. Aber es lohnt und ist auch notwendig, apodiktische Prämissen des politischen Erinnerns aufzugeben und sich mit ihrer Genese zu beschäftigen.

Dialog steht im Widerspruch zur Stringenz von Bekenntnisformeln, wie sie neuerdings für das Erlangen öffentlicher Förderungen diskutiert und teils schon angewandt werden. Wofür es Gesetze und Verfassungsorgane gibt, die eine staatliche Grundordnung prägen, muss nicht zusätzlich erklärt werden. Es sei denn, man räumt damit Zweifel an der staatsbürgerlichen Treue insgesamt ein oder glaubt, durch das Abverlangen formaler Bekenntnisse tatsächlich Einfluss auf die Gesinnung von Menschen nehmen zu können. Wie wir von in der DDR sozialisierten Menschen wissen, führen erzwungene Bekenntnisse eher dazu, dass ihre Thematik geistig abgespalten und als notwendiges Übel aufgefasst wird. Etwas, das wir für die Durchsetzung eines diskriminierungsfreien, demokratischen und auf Vielfalt orientierten Lebens nicht wollen können. Etwas, das für einen gelebten, habituellen Antifaschismus oder ein Sensorium für antisemitische Stereotype keine Voraussetzung sein kann. Es muss uns auf andere Weise gelingen, Antisemitismus und alle Formen

# Kultur. Teilhabe. Erleben.

11. Juni 2024

Vor Ort und digital im  
Max Ernst Museum Brühl des LVR

Infos und Anmeldung unter  
[www.kulturkonferenz.lvr.de](http://www.kulturkonferenz.lvr.de)

#LVRKulturkonferenz

Gefördert vom:

Ministerium für  
Kultur und Wissenschaft  
des Landes Nordrhein-Westfalen



In Kooperation mit:



von Diskriminierung zu bekämpfen. Und das kann nur durch gute Praxis und Aufmerksamkeit geschehen, durch Bildung, Respekt und ein Gemeinwesen, das eine Sprache findet auch für komplexe Sachverhalte, das sich nicht in Containern des Sagbaren verschanzt.

### Kontinuität und Courage

Olaf Schwencke hatte sich 1980 mit dreizehn Thesen zum Umgang mit Israel positioniert. Sie stehen noch immer für einen souveränen, differenzierten Umgang mit dem Nahost-Konflikt und können uns zeigen, dass wir in einem langen Prozess stehen. Und es ist komplizierter geworden. Dennoch muss man sich einiger Konditionen bewusst werden: »Deutsche Solidarität mit Israel« ist eine Sache der Deutschen. Die Entscheidung darüber, wie diese Solidarität sich jeweils konkret zu äußern hat, kann ihnen von niemandem abgenommen oder vorgeschrieben werden, auch nicht von den Israelis oder ihren gegenwärtigen Feinden. Wäre es anders, so handelte es sich bei dieser ›Solidarität‹ nicht um eine Sache der freien moralischen und politischen Selbstbestimmung der Deutschen; eine solche oktroyierte ›Solidarität‹ aber wäre moralisch wertlos.« Oder: »›Deutsche Solidarität mit Israel‹ kann nicht davon absehen, daß die Menschenrechte und die Humanität unteilbar sind.

Sie wird moralisch unglaubwürdig, wenn sie bestimmte israelische Gewaltmaßnahmen und Verstöße gegen die Menschenrechte stillschweigend hinnimmt oder gar zu rechtfertigen versucht.« (Schwencke 1980)

Politischer Opportunismus wäre es auch, Bekenntnisse routinemäßig abzugeben, um den Anspruch auf öffentliche Leistungen moralisch zu belegen. Wo fängt das an, wo hört es auf? Wie wirkt es auf Bereiche, die besondere Freiheitsrechte beanspruchen, wie etwa die Kunst? Wie wenig dies justiziabel ist, wurde bereits breit diskutiert. Man kann die Dämonen nicht bannen, und man muss eher erkennen, dass es mehr geworden sind. Wir können uns ihrer nur versichern und gemeinsam Wege suchen, sie in Widersprüchen auszuhalten und die Würde aller Menschen dabei nicht aus dem Blick zu verlieren.

### Literatur

Emcke, Carolin (2023): Miteinander reden und reden, in: Süddeutsche Zeitung vom 18.11.2023  
Leo, Per (2021): Tränen ohne Trauer. Nach der Erinnerungskultur, Stuttgart: Klett-Cotta  
Schwencke, Olaf (1980): Wie solidarisch mit Israel? Dreizehn Thesen zu einem kontroversen Thema, in: Die Zeit, Nr. 33, 8. August 1980 ■